



Arbeitsbericht der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen

April 2021

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128

E-Mail: fraktion@linksfraktion.de

V.i.S.d.P.: Ulla Jelpke, Vorsitzende der Landesgruppe NRW

Layout/Druck: Fraktionservice

Stand: April 2021

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden!**

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

210325

2



Matthias W. Birkwald

*Dipl.-Soz. Wiss.
Parlamentarischer Geschäftsführer und Rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, Stellvertretender Vorsitzender des und Obmann der Linksfraktion im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales*

Gegen Altersarmut und für gute Renten kämpfen!

Die derzeit in Deutschland durchschnittlich ausgezahlte Rente von 1048 Euro ist viel zu niedrig! Fast 20 Prozent aller Senior:innen (65+) sind von Altersarmut betroffen und müssen von weniger als aktuell 1176 Euro netto im Monat leben. Jeder vierte auf eine Erwerbsminderungsrente angewiesene Mensch muss in Armut leben, nur weil sie oder er dauerhaft zu krank zum Arbeiten ist.

Darum muss der Kampf gegen Altersarmut und für gute Renten auch im 20. Bundestag im Zentrum der Arbeits-, Lohn und Rentenpolitik unserer Fraktion stehen!

Ansprechbar sein und Sorgen ernst nehmen!

Dafür stand ich bisher als unser rentenpolitischer Sprecher, als Obmann der Linksfraktion und als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales. Dafür stand ich auf fast 300 rentenpolitischen Vorträgen und Podien, auf Demonstrationen und als Ansprechpartner für Gewerkschaften und Sozialverbände, aber auch als Abgeordneter, der sich viel Zeit nimmt für die zahlreichen E-Mails, Briefe und Anrufe von Bürger:innen.

Ich nehme ihre Sorgen rund um ihre Alterssicherung ernst und werde sie auch künftig ins Parlament tragen.

Gerade mein erfolgreicher Kampf gegen die doppelten und dreifachen Krankenkassenbeiträge auf Betriebsrenten und Direktversicherungen, unser beharrliches Ringen um eine gerechtere und einfachere Rentenbesteuerung und für die Einbeziehung der Bundestagsabgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung sind zu einem Markenzeichen der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag geworden.

Die Linksfraktion gilt deshalb bei Millionen Versicherten und Rentner:innen als verlässliche und hartnäckige Mahnerin für mehr soziale Gerechtigkeit und für die Umverteilung von Oben nach Unten.

Auch dank uns konnte der Sinkflug des Rentenniveaus bei 48 Prozent gestoppt werden. Das reicht nicht! Das Rentenniveau muss dringend wieder rauf auf mindestens 53 Prozent. Dafür sollten wir gemeinsam mit Gewerkschaften und Sozialverbänden auf der Straße und im 20. Bundestag weiter kämpfen.

Für einen gesetzlichen Mindestlohn von 13 Euro!

Wir werden uns nicht mit einem gesetzlichen Mindestlohn von 9,60 Euro oder 10,45 Euro zufriedengeben, sondern wir kämpfen gemeinsam mit Gewerkschaften und Sozialverbänden für einen gesetzlichen Mindestlohn von 13 Euro, damit niemand im Alter aufs Sozialamt gehen muss.

Wer Jahrzehnte zu miesen Löhnen arbeiten musste, benötigt einen Rentenzuschlag (»Rente nach Mindestentgeltpunkten«), damit man nach 45 Jahren Niedriglohn mindestens eine Rente von 1200 Euro netto erhalten möge. Das ist unsere Alternative zur sogenannten »Grundrente«, die die Union brutal zusammengedrückt und verkompliziert hat. Wir LINKEN im Deutschen Bundestag haben diese Debatte unter meiner Federführung angestoßen, wir haben die Regierung zu einem solchen Gesetz gedrängt, wir haben lautstark den mickrigen Kompromiss kritisiert und wir werden nicht locker lassen bis der Rentenzuschlag wirklich Alle erreichen wird, die ihn brauchen.

Die gesetzliche Rente stärken!

Statt jedes Jahr Milliarden Euros in die gescheiterte Riesterrente zu pumpen, müssen wir die gesetzliche Rente stärken. Dazu haben wir einen einfachen, transparenten und guten Vorschlag für all jene gemacht, die zusätzlich vorsorgen wollen und können und zwar innerhalb der gesetzlichen Rente.

Wer krank wird, darf nicht arm werden. Die Bestandsrentner:innen wurden bisher von allen Verbesse-

rungen bei der Erwerbsminderungsrente bisher ausgeschlossen. Damit muss Schluss gemacht werden! Ich erwarte noch in diesem Jahr ein Urteil des Bundessozialgerichts dazu und werde direkt nach der Wahl sofort aktiv werden!

Und auch in den kommenden vier Jahren werden wir für eine einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente als Zuschlag streiten, so dass niemand im Alter von aktuell weniger als 1.200 Euro netto leben müsste.

Politik zum Nachzählen

In der 19. Wahlperiode habe ich bisher an 19 Entschließungsanträgen, 212 Anträgen und Gesetzentwürfen und 284 Kleinen Anfragen mitgewirkt.

Ich habe 29 Reden im Plenum des Deutschen Bundestages gehalten, vier Reden zu Protokoll gegeben und mich mit zwei Kurzinterventionen und 14 Zwischenfragen während der Plenardebatten eingebracht.



Sevim Dağdelen

Mitglied und Obfrau im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages, Leiterin AG Außenpolitik und Sprecherin für Abrüstung DIE LINKE. im Bundestag, Vorsitzende der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe des Bundestages

Aktive Friedenspolitik: Auslandseinsätze beenden – Waffenexporte verbieten

Schwerpunkte meiner Arbeit sind der Kampf gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Aufrüstung sowie der Stopp von Rüstungsexporten. Durch ständige kleine Anfragen und Skandalisieren der Waffenexportpolitik ist es gemeinsam mit Friedens- und Menschenrechtsgruppen gelungen, das Waffenembargo gegen Saudi-Arabien bis heute aufrecht zu erhalten. Gemeinsam machen wir weiter Druck für die Ausweitung des Exportstopps auf alle Länder der Jemen-Kriegsallianz; auch für Exporte über Drittländer sowie über Tochterfirmen im Ausland wie im Fall von Rheinmetall auf Sardinien und in Südafrika. »Export von Rüstungsgütern verbieten« und Aufrüstungswahnsinn stoppen bleibt unsere Maxime.

Aktive Abrüstungspolitik: Atomwaffen und US-Truppen aus Deutschland abziehen

Mit dem Inkrafttreten des internationalen Vertrags zum Verbot von Atomwaffen im Januar 2021 hat die Friedensbewegung einen historischen Erfolg erzielt. Wir machen mit Gutachten, Anfragen und Anträgen Druck, dass die Bundesregierung dieses Abkommen endlich unterzeichnet. Unser Einsatz für den »Abzug der US-Truppen aus Deutschland« samt Atomwaffen, das Ende der nuklearen Teilhabe der NATO und die Schließung der US-Militärstützpunkte, angefangen mit der Drohnenmordzentrale Ramstein im Bundestag und vor Ort in Rheinland-Pfalz an der Seite der Aktivisten, wird im Bundestagswahlkampf weiter eine große Rolle spielen. Der Rückhalt für unsere Forderungen in der Gesellschaft ist groß wie nie.

Aktive Sozialpolitik: Vermögensabgabe für Superreiche einführen

Jede Milliarde für das Militär fehlt bei Sozialem, Bildung und Gesundheit, wo das Geld angesichts der immer tiefer werdenden Kluft zwischen Arm und Reich dringend benötigt wird. Während die Bundesregierung bei der Beschaffung von Schutzmasken, Impfstoffen und Schnelltests vollkommen versagt und die Bevölkerung von Lockdown zu Lockdown jagt, flutscht es bei den Ausgaben für Militär und Rüstung: über 53 Milliarden Euro werden dafür verpulvert! Klar ist: Angesichts der aktuellen Herausforderungen müssen wir nicht nur massiv abrüsten, wir müssen auch an die Multimillionäre ran. Mein Antrag, unterstützt auch vom Landes-

verband, zur Erhebung einer Vermögensabgabe und Vermögenssteuer für die Superreichen wurde jüngst von der Partei beschlossen.

Aktive Solidaritätsarbeit: Verfolgte Demokraten und Whistleblower unterstützen

Internationale Solidarität mit politisch Verfolgten gehört zur DNA der Fraktion DIE LINKE. Als Vorsitzende der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe habe ich u.a. die früheren Erdogan-Geiseln Mesale Tolu und Peter Steudtner sowie hochrangige Vertreter der HDP zu Gesprächen in den Bundestag eingeladen. Auch aufgrund meiner Initiativen wurde im Juli 2018 in Deutschland die Erdogan-Schlägertruppe »Osmanen Germania« verboten, bei den faschistischen »Grauen Wölfen« und ihren antidemokratischen Vereinigungen steht eine Auflösung noch aus.

Die Verfolgung von Julian Assange, dem in den USA wegen der Enthüllung Kriegsverbrechen 175 Jahre Isolationshaft drohen, ist nicht nur eine Kriegserklärung an den Journalismus. Seine Verteidigung ist die Verteidigung der Freiheit selbst, was in der von mir initiierten fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe »Freiheit für Julian Assange« von CDU bis DIE LINKE zum Ausdruck kommt. Auch Edward Snowden, der die Massenüberwachung durch US-Geheimdienste öffentlich machte und den ich Ende 2020 in seinem Exil besuchte, gilt unsere ganze Solidarität.

Fakten aus der 19. WP:

über 100 eigene kleine Anfragen
140 schriftliche, 120 mündliche Fragen
18 Anträge und Gesetzesentwürfe
über 100 Veranstaltungen
über 70 TV-Auftritte (inkl. Talkshows)
über 40 Radio-Interviews/-Auftritte
Gastbeiträge in SPIEGEL, Berliner Zeitung, Tagesspiegel, Frankfurter Rundschau, junge welt u.a.
regelmäßige Statements über Facebook (56.000 Fans, 61.000 Abonnenten) und Twitter (34.000 Follower)



Sylvia Gabelmann

Sprecherin für Arzneimittelpolitik und PatientInnenrechte, Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, Mitglied im Unterausschuss Globale Gesundheit, sowie stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft

Die Corona-Pandemie stellt uns alle vor große Herausforderungen. Diese prägten nicht nur meine Arbeit als Abgeordnete in den vergangenen Monaten, sie werden auch Schwerpunkt der Arbeit meines Nachfolgers bzw. meiner Nachfolgerin sein.

Die von der Pandemie ausgehende kollektive Bedrohung erfordert vor allem globale Solidarität. Daher habe ich gemeinsam mit einer Reihe linker Parlamentarier:innen aus ganz Europa eine Europäische Bürgerinitiative initiiert, die fordert, den Corona-Impfstoff zu einem öffentlichen Gut zu machen.

Gestützt auf mehrere Artikel des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (EU) fordern wir die Kommis-

sion auf, Rechtsvorschriften vorzuschlagen, die notwendig sind, um die Zugänglichkeit und Verfügbarkeit von Covid-19-Impfstoffen sowie -Behandlungen endlich weltweit sicherzustellen und entwickeltes Wissen im Bereich der Gesundheitstechnologien mit Bezug auf Covid-19 in einem gemeinsamen Technologie- oder Patentpool zu sichern.

Ferner ist die weltweite Stärkung von Gesundheitssystemen ein wichtiges Ziel meiner bisherigen Arbeit. Individuelle Gesundheitschancen sind abhängig von gesellschaftlichen Bedingungen und sozialem Status. Viele Erkrankungen wie Tuberkulose treten armutsbedingt auf. Selbst in Ländern mit vergleichsweise hohen sozialen Sicherungssystemen wie Deutschland haben einkommensschwächere Schichten deutlich niedrigere Lebenserwartungen. Ohne die Berücksichtigung sozialer, politischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, wie Lebensumstände und Verteilungsfragen, werden sich Gesundheitszustände nicht nachhaltig verbessern. Das universelle Menschenrecht auf Gesundheit muss daher umfassend und unter Einschluss zivilgesellschaftlicher Akteure gefördert werden.

Vor allem in Zeiten einer Pandemie ist eine umfassende Gesundheitsversorgung für alle Menschen – unabhängig von ihrem Geldbeutel und ihrer Herkunft – unabdingbar, weshalb der von unserer Fraktion begonnene Kampf für radikale Verbesserungen der Arbeitssituation der Beschäftigten in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und psychiatrischen Einrichtungen mit Vehemenz fortgesetzt werden sollte. Ich habe diesbezüglich die Volksinitiative »Für gesunde Kranken-

häuser in NRW – für ALLE!« unterstützt, die sich für mehr Personal in den Krankenhäusern einsetzt.

Nicht zu gering zu schätzen ist außerdem unsere Forderung nach Verbot des Versandhandels von verschreibungspflichtigen Medikamenten. Außerdem habe ich mich für faire Arzneimittelpreise, medizinische Methodenvielfalt, die Bekämpfung von Lieferengpässen und gegen die Gefährdung der Patient:innensicherheit durch unzureichend geprüfte Medizinprodukte und Implantate stark gemacht. Ich habe erfolgreich dagegen gekämpft, dass der Beruf der Heilpraktiker:innen durch die Hintertür abgeschafft wird, Streiks an den Universitätskliniken in Essen und Düsseldorf unterstützt und mich am Kampf der Hebammen um Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen beteiligt, sowie eine flächendeckende und wohnortnahe Versorgung von Schwangeren eingefordert.

Ich habe in meiner Arbeit stets großen Wert darauf gelegt, das parlamentarische Engagement mit dem außerparlamentarischen zu verbinden und gehe davon aus, dass dieser Weg künftig fortgesetzt werden wird.



Andrej Hunko

Stellvertretender Vorsitzender der Linksfractionen im Bundestag und im Europarat, Europapolitischer Sprecher, Obmann im EU-Ausschuss, Stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

Europapolitik und internationale Politik sind mein Hauptaufgabengebiet geblieben. Mich treibt besonders die Überzeugung an, dass immer mehr Zukunftsfragen ausschließlich global und durch internationale Kooperation beantwortet werden können. Die Klimakrise und die Covid-19-Pandemie sind hierfür deutliche Beispiele. Leider geht es jedoch oft in die andere Richtung: multilaterale Formate werden geschwächt und geopolitische Konflikte nehmen zu. Deshalb streite ich für eine friedliche und auf Kooperation und Diplomatie setzende Außenpolitik. Ich sehe auch meine zahlreichen Wahlbeobachtungen, zuletzt bei der Präsidentschaftswahl in den USA, als Teil dieser Arbeit.

Auch die Europäische Union (EU) strebt zunehmend nach globaler Bedeutung, um als imperialer Akteur eigene

Interessen – notfalls militärisch – durchzusetzen. Die immer neuen Militarisierungsschübe etwa durch PESCO oder Rüstungsprojekte kritisiere ich seit Jahren, genauso wie die Pläne für Kampfdrohnen und die Abschottungspolitik an den EU-Außengrenzen. Den »Verteidigungsfonds« lehne ich ab und vertrete die Bundestagsfraktion bei der Klage vor dem Bundesverfassungsgericht. Ich stehe für eine Europapolitik jenseits neoliberaler Dogmen und Militarisierung: basierend auf solidarischer Kooperation und Multilateralismus. Den Anspruch der EU, für ganz Europa zu sprechen, kritisiere ich. Europa ist viel mehr als die EU. Deshalb ist mir die Arbeit im Europarat, der auch Länder wie etwa die Türkei, Russland und die Ukraine einschließt, so wichtig. Die Konfrontationspolitik gegenüber Russland hat beinahe zu einer Spaltung des Europarates geführt, die unter maßgeblicher Beteiligung der Linksfraktion (UEL) abgewendet werden konnte. Unter anderem auf meine Initiative hin hat der Europarat die Freilassung von Wikileaks-Gründer Julian Assange gefordert – im Unterschied zur EU!

In NRW und meinem Wahlkreis Aachen habe ich mich für viele Themen jenseits internationaler Politik engagiert. Die schon vorher enorme soziale Ungleichheit hat sich durch die Auswirkungen der Pandemie noch einmal verschärft. Auch deshalb bin ich solidarisch mit den Kämpfen der Gewerkschaften für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen. Hochaktuell ist auch die Kritik an der neoliberalen Zurichtung des Gesundheitssystems, weshalb ich zum Beispiel in NRW die Volksinitiative »Gesunde Krankenhäuser« unterstütze. Aktiv bin ich auch im Kampf gegen Atomkraft und die

Bedrohung durch die in unserer Region gelagerten Atomwaffen. Ebenso aktiv unterstütze ich die Proteste gegen Rassismus und Aktionen der Klimagerechtigkeitsbewegung.

Ich lege viel Wert auf direkten Kontakt mit Menschen, um deren Probleme und Bedürfnisse zu verstehen. Auch in der Pandemie habe ich daran festgehalten, musste aber häufig auf Telefonate und Videokonferenzen ausweichen. Wo es geht, unterstütze ich Menschen, die von politischer Verfolgung betroffen sind – häufig mit Erfolg! So gelang es uns, den wegen eines türkischen Haftbefehls in Slowenien inhaftierten Duisburger Ismet Kilic zurück nach Deutschland zu holen. Kurz zuvor hatte ich ihn im Gefängnis in Slowenien besucht. Sein Fall steht beispielhaft für den Missbrauch von Interpol für politische Verfolgung. Der Einsatz gegen Repression hier und international gehört für mich zu meinem Selbstverständnis als Abgeordneter.



Ulla Jelpke

Innenpolitische Sprecherin für die DIE LINKE. im Bundestag, Obfrau im Innenausschuss für die DIE LINKE. im Bundestag, Datenschutzbeauftragte für die DIE LINKE. im Bundestag, Sprecherin der Landesgruppe NRW für die DIE LINKE. im Bundestag

Grundrechte stärken! Solidarität mit Flüchtlingen!

Grundrechte müssen wieder Priorität erlangen vor Abschottung und Militarisierung der Innenpolitik.

Dazu gehört zwingend die Solidarität mit Schutzsuchenden. Denn Deutschland und die EU setzen immer stärker darauf, deren Rechte abzubauen. Illegale Zurückweisungen und Menschenrechtsverletzungen kommen an den EU-Außengrenzen schon seit langem systematisch vor. Schutzsuchende werden von europäischen Grenzpolizisten geschlagen, gedemütigt, entkleidet, beraubt und gewaltsam über die Grenzen zurückgeschoben. Doch nach wie vor gibt es keine effektiven Kontrollmechanismen, um die Verbrechen von Frontex und nationalen Polizeieinheiten aufzuklären oder gar

zu sanktionieren. Um die unhaltbaren Zustände an den europäischen Außengrenzen zu beenden, muss noch viel mehr politischer Druck aufgebaut werden.

Das gilt vordringlich in Hinsicht auf die Hotspots auf den griechischen Inseln – und es zeichnet sich bereits ab, dass die Kanarischen Inseln sich ebenfalls zu solchen Hotspots entwickeln.

Anstatt die menschenrechtswidrigen Lager, in denen Schutzsuchende unter unbeschreiblichen Bedingungen ausharren müssen, aufzulösen, will die EU-Kommission das Hotspot-System verstetigen und ausweiten. Sie will Schnellverfahren an der Grenze einführen, was eine massenhafte Inhaftierung von Asylsuchenden bedeuten würde. Ohne unabhängige Rechtsberatung wäre eine faire Asylprüfung unmöglich. Gegen dieses Modell der Einsperrung von Schutzsuchenden muss auf europäischer Ebene Widerstand organisiert werden.

Auch in Deutschland setzen die Innenminister in Bund und Ländern Geflüchtete immer stärker unter Druck. DIE LINKE. im Bundestag muss sich hier solidarisch für dafür einsetzen, dass langjährig Geduldete ein Bleiberecht erhalten. Abschiebungen darf es nicht geben – schon gar nicht in Kriegsgebiete wie Afghanistan.

Eine Umkehr der bisherigen Politik ist auch im Bereich der Grundrechte unverzichtbar. Im Namen des sog. Kriegs gegen den Terror wurden in den letzten 20 Jahren ständig Grundrechte ab- und Befugnisse von Polizei und Geheim-

diensten ausgebaut. Die Behörden erweitern ihre Überwachungsbefugnisse immer stärker, das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung bleibt auf der Strecke. Diese Logik gilt es umzudrehen! Wir brauchen nicht nur ein Moratorium für neue »Sicherheitsgesetze«, sondern auch eine unabhängige Evaluation der bisherigen. In der Corona-Pandemie wurde – bei aller Notwendigkeit von Eindämmungsmaßnahmen – deutlich, wie sehr nicht nur Freiheitsrechte, sondern auch parlamentarische Mitbestimmung im Zuge einer »Krisenpolitik« unter die Räder zu geraten drohen. Auch hier gilt es gegenzusteuern!

Als immer wichtiger erweist sich der Kampf gegen Neofaschismus – das zeigen die rechten Terroranschläge und rassistische Übergriffe der letzten Jahre. Die bürgerliche Politik nimmt den Kampf gegen Nazis zum Alibi, ihren Sicherheitsapparat aufzurüsten, vor allem den Verfassungsschutz. Hier muss linke Politik dagegenhalten: Der Inlandsgeheimdienst ist Teil des Problems! Er muss seine V-Leute abziehen und mittelfristig aufgelöst werden. Neonazis muss der ideologische Nährboden entzogen werden – und der liegt in der Mitte der Gesellschaft. Projekte gegen Rechts müssen dauerhaft gefördert werden.

Unrechtmäßige Polizeigewalt und Praktiken wie das Racial Profiling bekräftigen linke Forderungen nach der Einrichtung unabhängiger Beschwerdestellen und anderen Maßnahmen gegen institutionellen Rassismus. Es braucht, gegen den Widerstand, von Bundesinnenminister Seehofer, eine unabhängige wissenschaftliche Untersuchung zu Rassismus

bei der Polizei. Befugnisse wie anlasslose Kontrollen müssen der Polizei endlich wieder genommen werden!



Niema Movassat

Sprecher für Verfassungspolitik, Sprecher für Drogenpolitik, Obmann im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, Parlamentarischer Geschäftsführer

Für eine sozial gerechte Rechtspolitik!

Als DIE LINKE. im Bundestag wollen wir eine Rechts- und Verfassungspolitik, bei der nicht gilt »die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen«. Damit Konzerne beim Dieselabgas-Skandal oder beim Cum-Ex-Steuerbetrug nicht davonkommen, habe ich mich für ein Unternehmensstrafrecht stark gemacht und einen entsprechenden Antrag eingebracht. Ein Erfolg wurde beim Whistleblowerschutz erreicht. Durch ein von der Koalition eingebrachtes Geschäftsgeheimnisgesetz wäre die Situation deutlich schlechter geworden. Wir haben diesen Vorgang skandalisieren können und die Regierung hat schließlich eingelenkt und unseren Änderungsvorschlag weitestgehend übernommen.

Ein anderer Schwerpunkt meiner Arbeit war eine Reihe von Anträgen, um die soziale Schiefelage des Strafrechts anzuge-

hen. Zu nennen sind die Initiativen zur Entkriminalisierung des Schwarzfahrens und Containers und zur Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe. Außerdem habe ich mich für die Abschaffung des § 219a StGB eingesetzt, der Informationen zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen unter Strafe stellt. Mit einer Kleinen Anfrage habe ich das Thema Enteignung von großen Immobilienkonzernen bundespolitisch auf die Tagesordnung setzen können. Ein weiterer Gesetzentwurf war unser Antrag zu Grundrechten für alle. Bislang trifft das Grundgesetz Formulierungen, bei denen in einigen Grundrechten ausschließlich von Deutschen die Rede ist.

In der Corona-Pandemie habe ich mich mit vielen anderen dafür stark gemacht, dass die pauschalen Versammlungsverbote aufgehoben wurden und insbesondere die politischen Grundrechte zu verteidigen. Auch beim Einsatz von V-Leuten und insbesondere zum Einsatz von sogenannten Agent Provocateur habe ich durch parlamentarische Anfragen und Anträge im Sinne umfassender Bürgerrechte Druck gemacht.

Für eine selbstbestimmte Drogenpolitik

In der Drogenpolitik stehen wir als DIE LINKE. im Bundestag für mehr Gesundheitsschutz, Aufklärung und Selbstbestimmung statt Repression. Im Sinne des Gesundheitsschutzes habe ich mich für ein umfassendes Tabakwerbeverbot eingesetzt. Wir wollen ein Ende der Prohibitionspolitik. Während Alkohol als Kulturgut gilt, wird Cannabis verteufelt. Angesichts der Tatsache, dass jedes Jahr über 70.000 Menschen

an Alkohol, aber niemand an Cannabis stirbt, ist das ein Unding. Ich habe einen Antrag eingebracht, der die Entkriminalisierung des Cannabiskonsums fordert. Um in der drogenpolitischen Community Präsenz zu zeigen, habe ich gemeinsam mit meinem Büro die Teilnahme an den Hanfparaden in Berlin, der größten Demo zur Cannabislegalisierung, mit einem eigenen Fraktionswagen organisiert.

Ich erfrage in regelmäßigen Abständen die Situation der medizinischen Cannabisversorgung ab, weil es hier viele Probleme wie Lieferengpässe gibt, weswegen wir Nachjustierungen beantragt haben. Ein Thema, was viele Konsumentende von Cannabis bewegt, ist das viele ihren Führerschein verlieren, da die Grenzwerte viel zu niedrig angesetzt sind; hier sind wir als Fraktion mit einem Antrag aktiv geworden. Wir fordern eine Legalisierung in Form der staatlichen Regulierung von Cannabis. Uns ist zugleich klar, dass Drogen auch zur Bewältigung des Alltags in einer kapitalistischen Leistungsgesellschaft missbraucht werden. Sie dienen als Mittel, um mit nicht erfüllbaren Leistungsanforderungen und den Folgen von Vereinsamungsprozessen klarzukommen. Um problematischen Drogenkonsum einzudämmen, müssen vor allem die gesellschaftlichen Ursachen dafür angegangen werden.



Dr. Alexander S. Neu

Obmann im Verteidigungsausschuss, Osteuropabeauftragter der Fraktion, stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss

Wie bereits in den letzten Jahren, möchte ich auch mein zukünftiges Wirken hauptsächlich auf den Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik konzentrieren. Im Mittelpunkt stand und steht für mich immer das große Thema ´Frieden`. Dabei denke ich die Hauptpfeiler linker Politik stets zusammen: Ohne Frieden im Äußeren gibt es keine soziale Gerechtigkeit im Inneren und ohne soziale Gerechtigkeit im Inneren ist kein Frieden im Äußeren möglich. Schreitet die Klimakatastrophe noch weiter voran, wird es weder Frieden noch soziale Gerechtigkeit geben können. Meine politische Tätigkeit bewegt sich daher in diesem thematischen Spannungsfeld und soll darauf hinwirken, mittels konsequenter Abrüstungs- und Friedenspolitik in Kombination mit einer nachhaltigen Umweltpolitik soziale Gerechtigkeit herzustellen und damit eine noch tiefere Spaltung innerhalb der Gesellschaft zu verhindern.

Auf konkrete Themen heruntergebrochen, bedeutet das für mich, dass ich mich u.a. dafür eingesetzt habe und weiterhin einsetze, dass:

- die Bundeswehr die Anschaffung von bewaffneten/ bewaffnungsfähigen Drohnen stoppt. Mit der Eurodrohne ist Deutschland in die Produktion von Militärdrohnen eingestiegen. Gleichzeitig wird über die Bewaffnung der schon jetzt von der Bundeswehr genutzten Drohne Heron TP diskutiert. Die Entscheidung konnte – auch durch mein Wirken und das einiger Fraktionskolleg:innen – auf die nächste Legislatur vertagt werden. Hier werde ich dranbleiben!
- der us-amerikanische Militärstützpunkt Ramstein in Rheinland-Pfalz, ohne den der völkerrechts- und verfassungswidrige amerikanische Drohnenkrieg überhaupt nicht möglich wäre, endlich geschlossen wird. Die Bundesregierung duldet und ermöglicht dort extralegale Tötungen tausender, oftmals völlig unbeteiligter, Menschen von deutschem Boden aus. Das muss ein Ende haben.
- endlich anerkannt wird, dass das Militär einer der größten Klimakiller überhaupt ist und wir dem mit konsequenter militärischer Abrüstung begegnen müssen. Nur ein »grüner Anstrich« genügt nicht, denn das Militär belastet die Umwelt nicht nur, sondern bindet auch wichtige Ressourcen, die für die sozial-ökologische Wende zur Bekämpfung des Klimawandels nötig sind.
- die Bundeswehr endlich aus den Klassenzimmern verschwindet. Jedes Jahr besuchen Jugendoffizier:innen und Karriereberater:innen der Bundeswehr bis zu 500.000

Schüler:innen, um zu rekrutieren und sog. »Bildungsarbeit« im Sinne der NATO und der Bundeswehr zu leisten. Es kann nicht angehen, dass Minderjährige und Lehrkräfte dieser Militärpropaganda unter dem Deckmantel neutraler politischer Bildung ungeschützt ausgeliefert werden.

- die Bundeswehr unverzüglich aus allen Auslandseinsätzen abgezogen wird und sich an keinen weiteren militärischen Einsätzen beteiligt.

In meinem Wahlkreis möchte ich mich – wie bisher – auch weiterhin auf konkrete politische Aktionen und lokalere Themen konzentrieren. Dies bedeutet unter anderem: Touren mit unserem Friedenspanzer, um auf Militarisierung und die Bedrohung für den Frieden aufmerksam zu machen, Veranstaltungen zu konkreten friedenspolitischen Themen, Hilfestellung für Flüchtlingsorganisationen und geflüchtete Menschen, Unterstützung und ein »offenes Ohr« für die Probleme und Sorgen, mit denen die Menschen in meinem Wahlkreis zu mir kommen sowie konkrete Aktionen, um Missstände öffentlich zu machen und zu beseitigen (wie z.B. die Strafanzeige gegen Spargel-Ritter aus Bornheim wegen Verdacht auf Betrug und Vorenthaltung von Arbeitsentgelt im Jahr 2020).



Ingrid Remmers

Verkehrspolitische Sprecherin, Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, Stellvertretendes Mitglied im Untersuchungsausschuss PKW-Maut, Stellvertretendes Mitglied im Umweltausschuss

Die Verkehrspolitik bleibt ein wichtiger Pfeiler der oppositionellen Arbeit DER LINKEN. im Bundestag. Wir arbeiten an einer **sozial-ökologische Verkehrswende**, denn so wie bisher kann es nicht weitergehen: Klimakrise, Ressourcenknappheit, Staus, Luftverschmutzung, Lärm und immer weniger Platz für Fuß- und Radverkehr. Wir brauchen endlich weniger Verkehr und mehr Mobilität für alle Menschen – kostengünstig, barrierefrei, einfach, sicher und klimafreundlich. Gleichzeitig muss die Politik die Transformation im Automobilsektor stützen und für gute Beschäftigung in der Mobilitätswirtschaft sorgen. Denn die soziale Frage dieser wichtigsten Transformation bleibt bei DER LINKEN. besonders wichtig. Wir haben in der Verkehrspolitik diese Akzente gesetzt:

DIE LINKE. im Bundestag überprüft als Opposition laufend die Versprechen der Regierung und macht die vielen Versäumnisse öffentlich. Insbesondere Verkehrsminister Scheuer ist ein Dauerärgernis, da er Fehlentscheidungen trifft und Steuergelder verschwendet – zuletzt ist dies im **PKW-Untersuchungsausschuss** mehr als deutlich geworden. Aber auch bei dem hinkenden Ausbau der **Ladeinfrastruktur** für Elektrofahrzeuge ist dies der Fall. Wir halten eine staatliche europäische Koordinierung für sinnvoll, allerdings sollten die Auto- und Stromkonzerne die Kosten dafür tragen. Außerdem begleiten wir die Aufarbeitung des Dieselbetrugs und fordern Nachrüstungen.

Zur **Zukunft der Automobilität** haben wir im Herbst 2019 eine Konferenz im Bundestag veranstaltet, wo Umweltverbände und Gewerkschaften in einen ehrlichen Dialog traten. Die Antriebswende sowie die damit verbundenen industriellen und beschäftigungspolitischen Umwälzungen beschäftigen DIE LINKE. sehr. Nicht zuletzt machen wir uns aber auch dafür stark, dass es **weniger Autos** gibt, die kleiner, leichter und verbrauchsärmer sind. Dies wird insbesondere im Zuge der Diskussionen um die Euro-7 Norm relevant. Darüber hinaus setzt sich DIE LINKE. im Bundestag für ein **Tempolimit** sowie einen **Baustopp für Bundesfernstraßen** und die Überprüfung aller Bauprojekte ein. Statt des Bundesverkehrswegeplans fordern wir ein **Bundesmobilitätsgesetz**, welches Menschen unabhängig vom Auto und vom Einkommen

mobil macht, den Verkehr reduziert und den Umweltverbund stärkt. Gerade Menschen auf dem Land sind oft noch auf das eigene Auto angewiesen. Deshalb haben wir eine Broschüre erstellt, die die Alternativen vorstellt, die **Menschen auch im ländlichen Raum** nachhaltig mobil machen sollen.

Als Folge der Coronakrise mussten viele Konzerne wie die Lufthansa staatlich unterstützt werden. DIE LINKE. begleitet dies kritisch, da die **Staatshilfen** nicht an eine staatliche Beteiligung, an eine Beschäftigungssicherung oder eine **Transformation des Sektors** im Hinblick auf die Pariser Klimaziele geknüpft waren.

Im Frühjahr 2021 organisieren wir eine Onlinediskussion mit Expert*innen aus der Partei und Verbänden: »Mobilitätsgerechtigkeit! Die Verkehrswende ist eine soziale Frage«. Hier diskutieren wir die verschiedenen **sozialen Aspekte von Mobilität** sowie die gesellschaftlichen Auswirkungen einer industriellen Transformation und des Umbaus der Mobilitätswirtschaft. Auch in der nächsten Legislatur wird die sozial-ökologische Verkehrswende für DIE LINKE. im Bundestag ein zentrales Thema bleiben.



Friedrich Straetmanns

Justiziar und rechtspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Soziales und gerechtes Zusammenleben rechtlich verankern!

Die vergangenen vier Jahre als rechtspolitischer Sprecher und Justiziar unserer Bundestagsfraktion haben mir eine enorm abwechslungsreiche Zeit beschert. In rund 80 Plenarreden, bei der Vertretung mehrerer Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht und in diversen Kommissionen durfte ich mich mit Themen befassen, die die Menschen direkt im Alltag betreffen. So etwa das bayerische Polizeiaufgabengesetz oder die Wahlrechtsreform.

Diese nahm viel Zeit und Arbeit in Anspruch: Nach ergebnislosen Gesprächen in der Wahlrechtskommission einigten wir uns mit den Grünen und der FDP auf einen gemeinsamen Vorschlag. Union und SPD blockierten diesen bis kurz vor Schlusslange, und drückten dann eine verfassungswidrige

Wahlrechtsreform durch, womit für uns der Gang nach Karlsruhe unausweichlich blieb. Für die Interessen unserer Partei und unserer Wählerschaft werde ich mich solange für eine Wahlrechtsreform stark machen bis wir eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, eine gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen und Männern und die Wahlbeteiligung von Einwohner*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit erzielt haben.

Ein schwieriges und emotional aufwühlendes Thema wird mir in Erinnerung bleiben: Nach Jahrzehnten des Hinhaltens hat sich der Bundestag endlich der Entschädigung der Opfer der Sekte Colonia Dignidad gewidmet. Auch wenn die Frage der Entschädigung inzwischen geklärt ist, möchte ich in der einberufenen Kommission die vielen Geschädigten der Sekte und des Pinochet-Regimes weiter unterstützen und mich für die Einrichtung eines Gedenkortes einsetzen.

Lobbyarbeit transparent machen!

Eine Art Klammer meiner ersten vier Jahre ist der Kampf gegen Lobbyismus. Zur Einführung eines Lobbyregisters hielt ich meine erste Rede und weil sich kürzlich Unions-Abgeordnete bei der Beschaffung von Schutzmasken persönlich bereichert haben, ist der Kampf gegen unlauteren Lobbyismus gerade wieder hochaktuell. Mit dem Lobbyregister Light gebe ich mich nicht zufrieden und setze die Transparenz von Abgeordneten auch weiterhin immer wieder auf die Tagesordnung.

Krisensicheres Leben und Arbeiten!

Selbst die widerstandsfähigen Ostwestfalen traf das Jahr 2020 mit voller Wucht. Angesichts geschlossener Betreuungseinrichtungen hätten sich Alleinerziehende und berufstätige Eltern am liebsten verdoppelt, besser verdreifacht. Es war mir daher ein besonderes Anliegen, die Gewerkschaften vor Ort zu unterstützen. Die Forderung nach der Entlastung von Beschäftigten wird auch über das Wahljahr hinaus eine tragende Säule meiner politischen Arbeit – ob parlamentarisch oder in direktem Kontakt mit den Menschen in OWL.

Vernetzung über Grenzen hinweg

Aus meiner Heimatregion weiß ich, wie nah Großstädte an ländlichen Strukturen angesiedelt sein können. Umso erschreckender sind die täglichen Ärgernisse über mangelhafte Verkehrsanbindungen. Die Debatte um eine neue ICE-Strecke zwischen Bielefeld und Hannover begleite ich daher sehr genau und werde auch in Zukunft den transparenten Austausch unterstützen.

Da es in OWL viele Einrichtungen der sozialen und gesundheitlichen Daseinsvorsorge gibt, sind mir bessere Bedingungen in der Pflege und Betreuung ein Herzensanliegen. Mit außerparlamentarischen Aktivitäten können wir die Beschäftigten unabhängig vom Träger ihres Arbeitsorts einbinden. Eine Spaltung der Lohnabhängigen dürfen wir nicht zulassen!

Für eine bessere Zusammenarbeit über kommunale Grenzen hinweg will ich die Arbeit unserer Mitglieder und

Sympathisant*innen in Räten, Ausschüssen, vor allem aber auf der Straße weiterhin unterstützen.



Kathrin Vogler

*Friedenspolitische Sprecherin
der Fraktion DIE LINKE. im
Bundestag*

In der 19. Wahlperiode habe ich die Chance genutzt, nach acht Jahren im Gesundheitsausschuss zu meinen friedensbewegten Wurzeln zurückzukehren. Dabei habe ich mich ganz besonders für das Ende der Bundeswehreinräte, eine neue Entspannungspolitik und gewaltfreie Alternativen zur militarisierten Außenpolitik stark gemacht. Hier ein paar Stichworte zu meiner Arbeit:

Stoppt Defender 2020:

Anfragen, Homepage, Facebookseite, Aktionsmaterial für Kreisverbände und Kommunalpolitiker*innen, Vernetzung mit der Friedensbewegung gegen das US-Großmanöver mit Bundeswehr-Beteiligung ...

Gegen die Militarisierung der Afrikapolitik:

Fachgespräch zu Kriegsdienstverweigerung in Eritrea, Kleine Anfrage zu deutscher Militärhilfe für Tunesien, fraktionsübergreifender Appell von Abgeordneten für Frieden und Demokratie in Kamerun, virtuelle Ausschussreise in den Sudan, Anfragen zu Äthiopien, Eritrea, Niger, Südsudan, Kamerun ...

Hierzulande: Abrüsten statt aufrüsten!

Mitinitiatorin der Initiative Abrüsten statt Aufrüsten (<https://abruesten.jetzt/>), Broschüre zur EU-Außen- und Verteidigungspolitik, diverse Artikel zu Rüstungshaushalt bzw. Aktionen zum Global Day against Military Spending, Aktiv vor den Toren von Rheinmetall, bei den Ostermärschen

...

Frauen, Frieden, Sicherheit

Fraktionsbroschüre zum 20. Jahrestag der UN-Resolution 1325 (Frauen, Frieden, Sicherheit), Anfragen und Anträge zu 1325 und feministischer Außenpolitik, Rede beim Frauen*kampftag in Münster, Fachgespräch zu unbewaffnetem zivilem Peacekeeping ...

Atomwaffen? Verboten!

Gründungsmitglied und Ko-Sprecherin des fraktionsübergreifenden Parlamentskreises Atomwaffenverbot, Antrag zum Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag, Kleine Anfragen zum Atomkriegsmanöver »Steadfast Noon« und zur Verlagerung der Tornadostaffel von Büchel nach

Nörvenich, Veranstaltungen zum Atomwaffenverbot, Knastbesuche bei Aktivist*innen, die wegen Zivilem Ungehorsam verurteilt waren

Klimakiller Militär:

Vorträge in Schulen, bei Friedensgruppen und Parteiorganisationen zum Zusammenhang zwischen Militär und Klimakrise

Vor Ort aktiv: Heiße Wurst gegen soziale Kälte

Unterwegs mit dem Grillwagen bei Sommerfesten, Streiks, Demos und in Wahlkämpfen – mit heißen Würstchen, veganen Grillern und heißem Fairtrade-Kaffee, weil Politik nicht nur den Kopf, sondern auch den Bauch erreichen muss.

Trotz Pandemie und Lockdown im Gespräch bleiben

Im Zuge der Covid-19-Pandemie mussten mein Team und ich neue Formate entwickeln, um linke Politik auch weiter niedrigschwellig und einladend zu präsentieren. Das Format der Online-Sprechstunde mit Publikumsbeteiligung, das ich inzwischen alle 14 Tage montags um 19 Uhr auf Facebook anbiete, hat sich dabei sehr bewährt. Als Gäste konnte ich schon viele Kolleg*innen aus der Bundestagsfraktion, aber auch Aktivist*innen aus der Gesundheits- und Friedensbewegung begrüßen. Das läuft so gut, dass ich es auch in »normalen« Zeiten fortsetzen will.

Was macht die eigentlich in Berlin?

Friedenspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, Obfrau im Unterausschuss Zivile Krisenprävention und Mitglied im parlamentarischen Beirat nachhaltige Entwicklung, stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuss. Stellvertretende Vorsitzende der Parlamentariergruppe »Arabischsprachige Staaten des Nahen und Mittleren Ostens« und der deutsch-ukrainischen Parlamentariergruppe, Mitglied der deutsch-iranischen Parlamentariergruppe. Obfrau der Fraktion in der Mitarbeiterkommission des Ältestenrats und Vorstandsmitglied im Verein der Abgeordnetengemeinschaft, Co-Sprecherin im Parlamentskreis Atomwaffenverbot.



Dr. Sahra Wagenknecht

Die katastrophale Politik der letzten Bundesregierungen hat unser Land immer tiefer gespalten und einen funktionierenden Sozialstaat zerstört. Die Corona-Krise bringt nun eine weitere dramatische Zuspitzung dieses verantwortungslosen Staatsversagens. Das muss sich ändern. Wir brauchen eine andere Politik. Und vor allem dürfen die Kosten der Krise nicht erneut auf Lohnabhängige, Erwerbslose, auf kleine Selbständige und Rentner/innen abgewälzt werden. Dafür setze ich mich mit aller Kraft ein.

Ich habe mich im Bundestag und in meiner Öffentlichkeitsarbeit auch in dieser Legislaturperiode stark gemacht für eine andere Wirtschaftspolitik, die in öffentliche Infrastruktur, in das Gesundheits- und Bildungswesen und in bezahlbaren Wohnraum investiert statt Lobbyinteressen zu

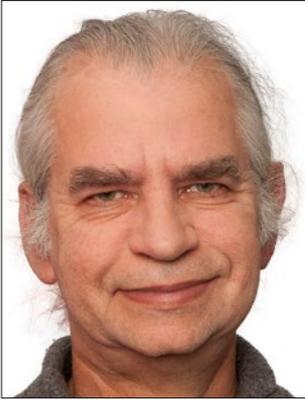
bedienen. Für eine kluge Industriepolitik, die Zukunftsarbeitsplätze zu guten Tariflöhnen schafft, für eine gerechte Steuerpolitik, die Multimillionäre und Milliardäre über eine Vermögensabgabe und Millionärssteuer zur Kasse bittet, für bezahlbare Mieten, auskömmliche Renten, für eine friedliche Außenpolitik, die auf Entspannung setzt und gegen Aufrüstung, Waffenexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr Widerstand mobilisiert. Für eine Politik, die nicht weiter spaltet, Ungleichheit befördert und Existenzängste schürt, und die in der Klimapolitik die Menschen mitnimmt, statt ihnen nur weitere Lasten aufzubürden und damit zu riskieren, dass sich immer mehr Menschen nach rechts wenden. Konsequente Klimapolitik ist daher mit dem Widerstand gegen Aufrüstung und Krieg, dem Kampf gegen Ausbeutung und Sozialkürzungen und für ein gerechtes Wirtschafts- und Finanzsystem unteilbar verbunden.

Mit meinen Reden im Parlament, meinen parlamentarischen Anfragen, mit meinen Fernseh- und Radioauftritten, meinen vielen Artikeln und Pressestatements und nicht zuletzt mit meinem eigenen Youtube-Kanal und den sonstigen Kanälen der sozialen Medien geht es mir darum aufzuklären und Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Es freut mich sehr, dass dies auf große Resonanz stößt, wie die hohe Zahl an Abonnenten – meinen Youtube-Kanal haben mittlerweile über 200.000 Menschen abonniert – und mein riesiges Post- und Mailaufkommen zeigen.

Es ist wichtig, dass die Linksfraktion die Menschen erreicht, deren Lebenssituation sie verbessern will: Beschäftigte im

Niedriglohnsektor, in Berufen, die nicht mehr ausreichend am Wohlstand beteiligt werden, Erwerbslose, Rentner/innen, aber auch Soloselbständige und andere bis weit hinein in die Mittelschicht, die sich berechnete Sorgen um die Zukunft machen. Ich habe bundesweit zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt, in Hörsälen von Universitäten, auf Betriebsrätekonferenzen oder in sozialen Brennpunkten. In NRW war ich in vielen und sehr unterschiedlichen Städten und Gemeinden unterwegs, zuletzt im Kommunalwahlkampf 2020 unter anderem in Dinslaken, Bornheim, Hürth, Paderborn, Datteln oder Duisburg, einige geplante Veranstaltungen konnten dann aufgrund von Corona leider nicht mehr stattfinden. Natürlich habe ich auch sonst viele Veranstaltungen als Rednerin unterstützt, so im Europawahlkampf und in Landtagswahlkämpfen wie in NRW, Bremen, Sachsen und Thüringen. Ich habe für Arbeitskämpfe Grußworte und Solidaritätserklärungen verfasst und unzählige Fragen von Verbänden, Vereinen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern beantwortet.

Gerade jetzt, in den schwierigen Zeiten, die wir durchleben, braucht es eine linke Kraft im Bundestag, die sich konsequent für soziale Gerechtigkeit und Frieden einsetzt. Dafür mache ich mich stark.



Hubertus Zdebel

Sprecher für den Atomausstieg der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Atomland NRW und die Atommüll-Endlager-Suche

Atomwaffenfähiger Strahlenmüll soll ins Zwischenlager Ahaus. In Jülich lagert weiterhin Atommüll ohne ausreichende Sicherheit. Gleichzeitig gehen die Planungen für ein Zwischenlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle aus ganz Deutschland in Würgassen im Dreiländereck von NRW, Niedersachsen und Hessen trotz zunehmender Proteste und erheblicher behördlicher Bedenken weiter. Unser Antrag, die Uranfabriken in Gronau (NRW) und Lingen (NDS) stillzulegen und ein Uran-Exportverbot zu verhängen, wurde im Bundestag abgelehnt. Daher können marode AKWs in Belgien (Tihange) und Frankreich (Cattenom) weiter mit Brennstoff »Made in Germany« betrieben werden. Das Thema Atomwaffen wird bedeutsamer: Gronau könnte technisch den Stoff für deutsche Uran-Atomwaffen liefern.

Zudem könnte der Norden von NRW (Münsterland, Niederrhein, Ostwestfalen) mit seinen Ton- und Salzvorkommen laut »Zwischenbericht Teilgebiete« der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) für ein unterirdisches Endlager für hochradioaktiven Atommüll in Frage kommen. Darüber habe ich in den vergangenen Monaten in mehreren Online-Veranstaltungen informiert. Noch in diesem Jahr will der Bundestag entscheiden, welche Regionen oberirdisch genauer untersucht werden.

Erneuerbare Energie statt Fracking und LNG

Der Druck der Anti-Fracking-Bewegung zwang die GroKo, Fracking im Schiefergestein vorläufig zu untersagen. Doch Konzerne wie ExxonMobil und Wintershall scharren in NRW mit den Hufen, um das Fracking-Verbot bei seiner Überprüfung durch den Bundestag in diesem Jahr zu kippen. Ich habe die GroKo immer wieder mit Fragen zur intransparenten Arbeit der Fracking-Kommission konfrontiert und einen Antrag für ein Fracking-Verbot ohne Ausnahmen gestellt.

Gleichzeitig mache ich Druck gegen Pläne von US-Konzernen, die mit ihrem gefrackten Gas mit aller Macht auf den europäischen Markt drängen. Das gefrackte Gas soll in verflüssigter Form (LNG) über neue, mit Steuergeldern in dreistelliger Millionenhöhe geförderte LNG-Terminals auch in Deutschland verkauft werden. Dabei hat dieses Erdgas aus der Schiefergasförderung in den USA durch das Entweichen von Methan eine noch schlechtere Klimabilanz als Kohle. DIE LINKE. im Bundestag lehnt diese Pläne ab.

Aktivitäten in NRW und im Wahlkreis

Die Klimaproteste im Rheinischen Revier für den sofortigen Braunkohleausstieg und gegen die

Räumung des »Hambi« habe ich gerne und regelmäßig als parlamentarischer Beobachter begleitet und dabei die Konzernpolitik von RWE und Co. sowie das Agieren der NRW Landesregierung kritisiert. Das 2020 mit Koalitionsmehrheit beschlossene Kohleausstiegsgesetz begünstigt die Konzerne und ist zur Einhaltung des völkerrechtlich verbindlichen Pariser Abkommens durch die Bundesrepublik Deutschland völlig unzureichend.

Die Aufgabe der zukünftigen Landesgruppe wird es sein, die anstehenden Proteste gegen die Zerstörung von Dörfern im Rheinischen Braunkohlerevier, die Proteste von Fridays for Future und Ende Gelände solidarisch zu unterstützen und die Verbindung von ökologischer und sozialer Politik sowohl im Parlament wie auch auf der Straße zu stärken

Weitere Probleme und Themen in den Wahlkreisen habe ich ebenso im Bundestag zur Sprache gebracht, zum Beispiel durch Initiativen zur unsozialen Politik der Bundesimmobilienanstalt (BImA). Gleiches gilt für die Problematisierung der Bundesverkehrspolitik mit Auswirkungen auf NRW wie der ungenügende Bahnausbau im Münsterland oder das Eurobahn-Chaos. Ferner beschäftige ich mich mit den Gefahren, die von der illegalen Deponierung von BP-Ölpellets in Hünxe sowie ihrer Verbrennung im Kraftwerk Scholven ausgehen.

Kontakt Matthias W. Birkwald

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon +4930 22771215

Telefax +4930 22776215

matthias-w.birkwald@bundestag.de

Wahlkreisbüro Köln

Severinswall 37

50678 Köln

Telefon +49221 53097840

Telefax +49221 53097855

matthias-w.birkwald@wk.bundestag.de

Bürger:innenbüro Rhein-Erft-Kreis

Im Spürkergarten 38-40

50374 Erftstadt-Liblar

Telefon +492235 1703992

Telefon +492235 1703990

matthias-w.birkwald.wk03@bundestag.

de

[www.facebook.com/
matthias.w.birkwald](http://www.facebook.com/matthias.w.birkwald)

www.twitter.com/MWBirkwald

www.matthias-w-birkwald.de

Kontakt Sevim Dağdelen

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon +4930 22771352

Telefax +4930 22776852

sevim.dagdelen@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bochum

Alleestraße 36

44793 Bochum

Telefon +49234 61065855

Telefax +49234 61065857

sevim.dagdelen.mao4@bundestag.de

twitter.com/SevimDagdelen

facebook.com/MdBSevimDagdelen/

instagram.com/sevim_dagdelen_/

www.sevimdagdelen.de

Kontakt Sylvia Gabelmann

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon +4930 22779010

sylvia.gabelmann@bundestag.de

<https://www.facebook.com/gabelmannMDB/>

<https://sylvia-gabelmann.de>

Kontakt Andrej Hunko

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon +4930 22779133

Telefax +4930 22776133

andrej.hunko@bundestag.de

Wahlkreisbüro Aachen
Südstraße 53/55
52064 Aachen

Telefon +49241 9906825-0

Telefax +49241 9906825-1

andrej.hunko.wk@bundestag.de

<https://www.facebook.com/andrej.hunko>

<https://twitter.com/AndrejHunko>

<https://www.instagram.com/andrej.hunko>

<https://andrej-hunko.de>

Kontakt Ulla Jelpke

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon +4930 22771253

Telefax +4930 22776751

ulla.jelpke@bundestag.de

Wahlkreisbüro Dortmund
Schwanenstraße 30
44135 Dortmund

Telefon +49231 8602747

Telefax +49231 8602746

ulla.jelpke@wk.bundestag.de

<https://twitter.com/UllaJelpke>

<https://www.facebook.com/UllaJelpke>

Jelpke

www.ulla-jelpke.de

Kontakt Niema Movassat

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon +4930 22771760

Telefax +4930 22776663

niema.movassat@bundestag.de

Wahlkreisbüro Oberhausen
Elsässerstraße 19
46045 Oberhausen

Telefon +49208 69691537

Telefax +49208 88422017

niema.movassat.wk@bundestag.de

BürgerInnenbüro Essen

Severinstraße 1

45127 Essen

Telefon +49201 81337730

Telefax +49201 81337731

niema.movassat.wk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Dinslaken
Friedrich-Ebert-Straße 46

46535 Dinslaken

niema.movassat.wk@bundestag.de

<http://www.facebook.com/movassat.niema>

<https://twitter.com/niemamovassat>

https://www.instagram.com/niema_movassat/

www.movassat.de

Kontakt Dr. Alexander S. Neu

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon +4930 22774328

Telefax +4930 22776328

Alexander.neu@bundestag.de

Wahlkreisbüro Siegburg

Mühlengasse 46

53721 Siegburg

Telefon +492241 9714104

Telefax +492241 9714105

Alexander.neu.ma04@bundestag.de

Facebook: <https://de-de.facebook.com/alexander.neu.376/>

Twitter: <https://twitter.com/alexandersneu?lang=de>

Instagram: @alexander_neu_mdb

www.neu-alexander.de

Kontakt Ingrid Remmers

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon +4930 22774300

Telefax +4930 22770299

ingrid.remmers@bundestag.de

Wahlkreisbüro Gelsenkirchen

Wildenbruchstr. 15-17

45888 Gelsenkirchen

Telefon +49209 91358855

Telefax +49209 91358857

ingrid.remmers.ma06@bundestag.de

www.ingrid-remmers.info

Kontakt Friedrich Straetmanns

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon +4930 22778548

friedrich.straetmanns@bundestag.de

Wahlkreisbüro in Bielefeld

August-Bebel-Str. 126

33602 Bielefeld

Telefon +49521 5202902

friedrich.straetmanns.wk@bundestag.de

de

Bürger*innenbüro in Lemgo

Breite Straße 61

32657 Lemgo

Telefon +495261 7706427

friedrich.straetmanns.wk02@bundestag.de

de

Bürger*innenbüro in Paderborn

Ledeburstraße 30

33102 Paderborn

Telefon +495251 879 24 39

friedrich.straetmanns.wk03@bundestag.de

de

www.friedrich-straetmanns.de

Kontakt Kathrin Vogler

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon +4930 22772112
kathrin.vogler@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Karlstraße 17
48282 Emsdetten

Telefon +492572 9607760
kathrin.vogler.wk@bundestag.de

Bürger*innenbüro Hamm

Oststraße 48
59065 Hamm

Telefon +4152 31719756
kathrin.vogler.wko3@bundestag.de

Bürger*innenbüro Kreis Warendorf

Klosterstraße 16
59227 Ahlen

facebook.com/kathrin.vogler
twitter: @voglerk

www.kathrin-vogler.de

Kontakt Dr. Sahra Wagenknecht

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon +4930 22772153
Telefax +4930 22776153
sahra.wagenknecht@bundestag.de

Wahlkreisbüro Düsseldorf

Corneliusstraße 108
40215 Düsseldorf

Telefon +49211 41662703
Telefax +49211 41662764
sahra.wagenknecht.wk@bundestag.de

www.facebook.com/sahra.wagen-
knecht

www.twitter.com/SWagenknecht

www.instagram.com/sahra_wagen-
knecht

youtube.com/SahraWagenknechtMdB

www.sahra-wagenknecht.de

Kontakt Hubertus Zdebel

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon +4930 22774332
Telefax +4930 22776332
hubertus.zdebel@bundestag.de

Wahlkreisbüro Münster

Achtermannstraße 19
48143 Münster

Telefon +49251 4909246
Telefax +49251 4909352
hubertus.zdebel.wk@bundestag.de

Bürgerbüro Mülheim an der Ruhr

Dickswall 14
45468 Mülheim an der Ruhr

Telefon +49208 30594510
Telefax +49208 30594512
hubertus.zdebel.ma03@bundestag.de

www.facebook.com/hubertus.zdebel

www.hubertus-zdebel.de

<http://www.dielinke-nrw.de/parlament/bundestag/>